

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

KODAKS für die Reise
von Mark 5,50 an
neben Café König.
Otto L. Göring, Inh.: Oskar Bohr

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Bezugsbedingungen
Der Preis für den Einzelabnehmer beträgt 1 Mark 50 Pf. für ein Vierteljahr, 5 Mark für ein halbes Jahr, 10 Mark für ein Jahr. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1 Mark 50 Pf. für ein Vierteljahr, 5 Mark für ein halbes Jahr, 10 Mark für ein Jahr. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1 Mark 50 Pf. für ein Vierteljahr, 5 Mark für ein halbes Jahr, 10 Mark für ein Jahr.

Einzelgen-Zarif
Einzelgen-Zarif
Einzelgen-Zarif
Einzelgen-Zarif

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Rhinitin, bewährte Heuschnupfens.
Modifikation zur Bekämpfung des
Flasche 2 Mark 50 Pfg., Zerstäubungs-Apparat 2 Mark.
Versand nach auswärts. Alleinige Niederlage:
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

REINHARDT LEOPOLD
Spezialfabrik für
GARTENSCHLÄUCHE
DRESDEN-A.
Lager:
Wettringstraße Nr. 26,
Ecke Reinhardt-Strasse.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1-3, Hofgebäude.

Für eilige Leser.
Mutmaßliche Bitterung: Warm, Gemitterneigung.
Die Bundes-Generalversammlung des Königl. Sächs. Militärvereinsbundes findet am 12. Juli in Dresden statt.
Auf Ermittlung des Mörders des Dienstmädchens Heine in Leipzig und die Herbeischaffung des Kopfes ist eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.
Im preussischen Ministerium des Innern fanden gestern Beratungen über die Reform der Krankenkassen statt.
Die Enthüllung der Bismarck-Büste in der Walfahalla soll am 29. Juli stattfinden.
Der Herzog von Cumberland und Prinz Ernst August werden am 16. d. M. in München eintreffen.
Infolge der Errichtung einer 4. ordentlichen Professur für Nationalökonomie in Berlin herrscht in akademischen und politischen Kreisen große Verstimmung.
Vor dem Kriegsgericht in Berlin begann gestern wiederum ein großer Soldatenmishandlungs-Prozess.
Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht ein Communiqué über die Entrevue in Reval.
Dem „Eclair“ zufolge ist eine europäische Konferenz in Konstantinopel zu erwarten.
Der Internationale Bergarbeiter-Kongress verlangt in einer Resolution die Verstaatlichung der Bergwerke.

Nichtlinien der Arbeiterversicherungs-Reform.

Gestern ist in Berlin im Reichsamt des Innern eine Konferenz zur Vorberatung der Fragen der Krankenkassenreform zusammengetreten. In diese Versammlung von Sachverständigen und Gutachtern, der in erster Linie auch zahlreiche Kommissare der beteiligten Reichs- und Staatsbehörden angehören, haben sämtliche Interessentengruppen Vertreter entsandt. Es handelt sich um die Einholung der Ansichten und Wünsche, die bei der geplanten und allseitig als notwendig erkannten Reform der Krankenversicherung, soweit möglich, Berücksichtigung finden sollen. Zur Erörterung steht zunächst das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen, das von den Anhängern der freien Arztwahl und denen des Kassensystems sehr verschieden beurteilt wird. Daneben dürfte auch zum Meinungsaustausch über andere das Krankenkassenwesen noch berührende Fragen, wie a. B. über Organisation, Aufgabe und Geschäftsbetrieb der Kassen, ausgiebig Gelegenheit gegeben sein. Damit ist nach außen hin der erste Schritt getan auf dem weiten und schwierigen Wege, der zu einer großartigen Reform der gesamten deutschen Arbeiterversicherung führen soll. Innerhalb der unabhängigen Ressorts der Reichsverwaltung sind die Vorarbeiten bereits seit Jahren im Gange. Inzwischen hat das Näherkommen des Termins, bis zu dem, wie im Sozialgesetz von 1902 festgelegt ist, die Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung ins Leben gerufen sein muß, den Gang der Angelegenheit anscheinend beschleunigt. Im Laufe des Winters und des Frühjahrs ist das Reichsamt des Innern, ohne daß die Außenwelt im allgemeinen und im einzelnen davon Kenntnis erhielt, an die einzelnen Bundesregierungen herangetreten, um von ihnen Meinungen zu den Gedanken und Vorschlägen des Reichsamts über die Grundlagen der geplanten Revision des Arbeiterversicherungs-Gesetzes einzuholen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um folgende Punkte: tunlichste Vereinfachung des Kreises derjenigen Personen, die gegen Krankheit und Invalidität zu versichern sind; Beschaffung der Möglichkeit, daß die Verhandlung durch die Krankenkassen den Interessen der Versicherungsangehörigen und der Versicherungsanstalten nicht vorgreift; Schaffung eines einheitlichen, mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitragsausstehenden behördlichen Organs in der Lokalinstanz, das dem Arbeiter in allen Versicherungsangelegenheiten Rat schläge und Verhaltensmaßregeln an die Hand gibt; Stärkung der Krankenkassenorganisationen durch Verteilung des Risikos auf möglichst breite Schultern, sei es durch Zentralisation der Kassen, sei es durch Zusammenfassung zu Zweckvereinigungen in Anlehnung an Kommunal-Verbände; endlich Maßregeln zur Sicherung der Verwaltung der Ortskrankenkassen gegen politischen Mißbrauch. Der Eingang der Rückversicherungen der einzelstaatlichen Regierungen über alle diese Punkte wird bis Ende des laufenden Monats erwartet. Erst dann wird an die Ausarbeitung des Entwurfes einer

Versicherungsreform und gleichzeitig an die Inangriffnahme der Witwen- und Waisenversorgung, die nach der Erklärung des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg zu derselben Zeit wie das allgemeine Reformgesetz, also abhängig von diesem, ins Leben treten soll, herangegangen werden können. Damit ist ein greifbarer Anhalt für den Zeitpunkt gegeben, in dem das Verlangen nach einem einheitlichen Versicherungs-Gesetz, das eine Vereinfachung in der Verwaltung und in der Durchführung der drei großen Versicherungs-Weise bringt, endlich Befriedigung finden soll.
Wie diese Vereinheitlichung des Arbeiter-Versicherungsrechts gedeutet ist, entzieht sich vorläufig noch der Kenntnis. Die Mitteilungen darüber, die vor kurzem das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ aus dem ansehnlich fertigegezeichneten Entwurfe machen zu können voraab, sind aus zwei Gründen mit Vorsicht aufzunehmen und jedenfalls nicht als abschließende, feststehende Ergebnisse der im Reichsamt des Innern geleiteten und von den Bundesregierungen gebilligten Arbeiten zu bewerten. Einmal hat der Staatssekretär des Innern die Entsendung von Kommissaren zu dem am 11. und 12. Mai d. J. in Berlin abgehaltenen Krankenkassenkongress in einem Schreiben abgelehnt, in dem er erklärte, er halte den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einer förderlichen Behandlung der einschlägigen Fragen noch nicht für geeignet, da die Vorarbeiten zur Reform der Arbeiterversicherung noch nicht so weit gefördert seien, daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen könnten. Sodann aber sind in den ausgiebig authentischen Ansichten des erwähnten „Zentralblatts“ handgreifliche Unrichtigkeiten und Vorklünge enthalten, die unzulässig die Ansicht einer reichsbehördlichen Stelle wiedergeben können und die vor allem dem Urbehalte, daß die Ortskrankenkassen ihrem eigentlichen Zwecke mehr und mehr entfremdet werden, noch Vorbehalt leisten würden. So a. B. wenn angeklungen wird, daß die Kosten, welche die Krankenversicherung den nach dem angedachten Entwurfe neu zu schaffenden Versicherungsämtern verursacht, nicht von den Krankenkassen, sondern von den Versicherungsanstalten und den Landesversicherungsanstalten zu tragen wären. Oder wenn mitgeteilt wird, daß, entsprechend einem seitens der Arbeitgeberkreise geäußerten Vorworte, die Beiträge zur Krankenversicherung eine Hälfte von den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern aufgebracht werden sollen, daß aber trotzdem der letzteren bei der Beschlussfassung über Krankenunterstützungen und Beiträge zwei Drittel, den ersteren nur ein Drittel der Stimmen zuzurechnen sei. Auch diese Einrichtungen würden geeignet sein, den politischen Mißbrauch der Krankenkassen, gegen den gerade nach den Erklärungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg die Reformarbeit hauptsächlich gerichtet ist, eher zu fördern als einzuschränken. Auch sonst findet sich in dem ansehnlich fertigegezeichneten Entwurfe manches, was eher nach einer Verbesserung, als nach einer Verbesserung der gegenwärtigen Zustände aussieht. Hoffentlich werden alle diese kritischen Fragen auf dem am 12. d. M. in Kiel stattfindenden Versammlungs-Kongress, an dem der Staatssekretär des Innern teilnimmt, mit dem nötigen Nachdruck zur Sprache gebracht werden.

Vor der Hand gilt die Arbeit an der Arbeiterversicherungsreform der Befreiung der unhaltbaren Zustände, die sich infolge der sozialdemokratischen Herrschaft über die Ortskrankenkassen herausgebildet haben. Aus dem letzten „allgemeinen“ Kongress der Krankenkassen Deutschlands, der vorwiegend sozialdemokratischen Charakter trug, wurde natürlich laut und lärmend verkündet, daß im Krankenkassenwesen, wie es gegenwärtig gehandhabt werde, alles gut und schön sei, die Verwaltungen aller anderen Versicherungsanstalten, besonders die der Betriebs- oder Werkkrankenkassen, wurden als minderwertig oder schlechthin als unzulänglich bezeichnet, und es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Verwaltungskörperschaften sind so zu organisieren, daß den Versicherten der maßgebende Einfluß eingeräumt wird!“ Tatsächlich ist dies schon jetzt in den weitesten Kreisen erreicht. Wenn aber seitens der Arbeitnehmer weiter gefordert wird, daß die Betriebskrankenkassen gänzlich verschwinden sollen, so wird gegen den hiermit verfolgten Ausbau des Ortskrankenkassenprinzips doch energisch Widerspruch zu erheben sein. Denn gerade die Ortskrankenkassen sind es, deren letzte Organisation dem ursprünglichen und vornehmsten Zweck der Krankenversicherung, der sozialen Fürsorgefähigkeit, nicht entspricht. Indem

die Beamtenstellen in den Ortskrankenkassen mit „bewährten“ Genossen, die vielfach zugleich Gewerkschaftsbeamte sind, besetzt werden; indem die Möglichkeit angedeutet ist, daß die Leistungen der Kassen vorzugsweise solchen Personen, seien diese Versicherte oder von den Kassen beschäftigte Ärzte, zugewandt werden, deren politische Gesinnung der Sozialdemokratie genehm ist, sind die Ortskrankenkassen mehr und mehr zu parteipolitischen Werkzeugen herabgewürdigt worden. Dazu kommt, daß die Ortskrankenkassen sehr teuer arbeiten, also einen unverhältnismäßig großen Teil ihrer Mittel den Versicherten entziehen. Die Verwaltungs- und Kosten der Ortskrankenkassen, die rund 5,6 Millionen Mitglieder zählten, beliefen sich im letzten Berichtsjahre auf über 11 Millionen Mark, die der Betriebskrankenkassen mit ungefähr halb so viel Mitgliedern auf nur 1/2 Million Mark. Angesichts dieser Verhältnisse sollte es eigentlich selbstverständlich sein, daß dem heutigen Zustande, der gerade vom Standpunkte der wohlverstandenen Arbeiterinteressen zu beklagen ist, weil die Kassen nicht einer den Klassenkampf predigenden politischen Partei, sondern dem Schutze der Versicherten gegen Krankheiten und deren Folgen für sie selbst und ihre Angehörigen dienen sollen, tunlichst bald ein Ende gemacht wird. Erfolgreicherweise scheint die Gründung eines Allgemeinen Verbandes deutscher Betriebskrankenkassen dafür zu bürgen, daß wenigstens die sozialdemokratischen Bestrebungen auf Beteiligung der Betriebs- und Jungungskrankenkassen ihr Ziel nicht erreichen. Auch der am 22. Mai in Halle abgehaltene Deutsche Ärzte-Kongress hat gegen die sozialdemokratischen Forderungen Stellung genommen, indem er unter Bezugnahme auf seine früheren Beschlüsse zur Krankenkassenfrage den Vorschlag aufstellte, daß der ärztliche Dienst in den Krankenkassen auf dem Boden der organisierten freien Arztwahl zu erfolgen habe.

So ist zu hoffen, daß auf Grund des im Reichsamt des Innern auszuarbeitenden endgültigen Entwurfes mit Hilfe des Reichstags, dessen Mehrheitspartei den Treiben der Sozialdemokratie in den Krankenkassen nahezu einmütig verurteilt, ein Reformgesetz zu Stande kommt, das das Bewährte und der allgemeinen Wohlfahrt dienende der deutschen Arbeiterversicherung weiter erhält, ihre Auswüchse und schädlichen Wirkungen aber beseitigt und durch Besseres und Brauchbares ersetzt.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Juni.

Monarchenzusammenkunft in Reval.
A. Kiel. (Priv.-Tel.) Der König und die Königin von England werden morgen wieder in Holtenau erwartet. Der Torpedobootszerstörer „Dec“ ist nachts mit Derselben von Kiel nach Reval abgegangen.
Reval. Mit dem König und der Königin von England ist auch der russische Botschafter in London Graf Eudendorff abgereist. Die Abreise des Kaisers und der kaiserlichen Familie wird voraussichtlich morgen erfolgen. Der Kaiser verließ dem Unterstaatssekretär Harding, den Generalen Nikolow und Frensch und dem Admiral Fisher den St. Alexander-Newsthorben, dem Lord Hamilton und Lord Howe den Weißen Adlerorden.
Reval. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Zusammenkunft der Herrscher Russlands und Englands in Reval hatte den Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen, die durch die Verträge des letzten Jahres eingeleitet worden sind, zu kräftigen und zu befestigen. Am Laufe der Unterredungen, die bei diesem Anlaß zwischen dem Minister des Äußeren Iswolski und dem Staatssekretär Harding stattgefunden haben, wurde festgehalten, daß diese Uebereinkommen den glücklichsten Einfluß hatten auf die friedliche Entwicklung der verschiedenen Fragen, die in diesen Verträgen behandelt sind. Eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten herrscht auch nach wie vor zwischen Russland und England in betreff der Lage in Persien und Afghanistan und hinsichtlich jener Vorfälle, die sich jüngst einerseits an der indisch-afghanischen, andererseits an der russisch-persischen Grenze ereignet haben. Diese Vorfälle können daher keinen Anlaß bilden zu irgendwelchen Mißverständnissen zwischen den beiden Regierungen. Was Persien anbelangt, sind die Regierungen von Russland und England nach wie vor fest entschlossen, die Integrität und die Unabhängigkeit dieses Landes zu wahren. Die Besprechungen, die seit einiger Zeit zwischen den beiden Regierungen hinsichtlich der Lage in Mazedonien gepflogen werden, sind, wie man annehmen kann, auf dem Punkte, zu einer vollkommene Uebereinkommene zu führen, und es erübrigt nur noch, dieser eine feste Form zu geben. Man hofft, daß diese Uebereinkommene als Grundlage dienen wird für eine allgemeine Entente der an dem mazedonischen Reformwerke beteiligten Mächte. Iswolski und Harding konnten sich außerdem überzeugen von dem gegenseitigen Wunsche Russlands